

Löschnak und die Sicherheitsmilliarde

Als Dr. Franz Löschnak am 2. Februar 1989 das Innenministerium übernahm, fand er eine Truppe vor, die gezeichnet war von desolaten Dienststellen, einem veralteten Fuhrpark und antiquierten Fernmeldemitteln. Vor allem hatte aber sein Vorgänger Karl Blecha, ein Freund großer Worte aber wenig Taten, einen Reformstau in der Organisation hinterlassen.

Entgegen den üblichen Gepflogenheiten von Innenministern, die sich von ihrer hohen Beamtenschaft über den Zustand des Resorts informieren ließen, ging Löschnak nach der Amtsübernahme selbst auf Fact-finding-mission. Monatlang besuchte er Dienststellen in ganz Österreich und scheute auch nicht davor zurück, kleine und kleinste Polizei- und Gendarmerieposten zu besuchen. Was er vorfand, gefiel ihm offensichtlich nicht sehr. Die Klagen waren überall dieselben: Zu wenig Leute, keine Ausrüstung, fehlendes oder abgewohntes Mobiliar und baufällige Dienststellen. Irgendwie hatte sich die Welt verändert, doch bei Polizei und Gendarmerie schien die Zeit stehen geblieben zu sein.

Dabei brodelte es in den Ländern rund um Österreich, der „Eiserne Vorhang“ zeigte Roststellen und Ungarn begann am 2. Mai des Jahres 1989 den Zaun abzubauen. Als am 19.8. desselben Jahres tausende DDR-Bürger von Ungarn nach Österreich strömten, waren sie nur die Vorhut einer Armada von zehntausenden Bürgern aus den benachbarten Ländern im Osten. Die Folge waren hunderte Busse mit Menschen aus den Ostländern, die nicht alle nur das kapitalistische Österreich freundschaftlich besuchen wollten, sondern auch ein gerüttelt Mass an Kriminellen die schnellen Wohlstand durch kri-

minelle Taten im kapitalistischen Westen erreichen wollten.

Wieder einmal hatte die Geschichte das Heft in die Hand genommen und Reformpläne innerhalb der Exekutive gestoppt – und der Plan Löschnaks war eine Reform der Sicherheitsbehörden in Österreich. Die Reform, die bereits Franz Olah 26 Jahre früher angedacht hatte, sollte endlich verwirklicht werden – Polizei und Gendarmerie sollten zu einer einzigen Truppe zusammengelegt werden. Wie Löschnak auch heute noch klarstellt, war nicht daran gedacht Personal einzusparen, sondern die vorhandenen personellen Ressourcen sollten sinnvoller eingesetzt werden. Auch die personelle Austauschbarkeit sollte in einer Zeit der rasanten gesellschaftlichen Entwicklung gefördert werden.

Löschnak musste erkennen, dass durch die Ostöffnung mit ihrer veränderten Kriminalität und neuen Sicherheitsherausforderungen, das Innenministerium und auch die Mannschaft wohl überlastet worden wären, hätte man nun eine Reform mit Gewalt durchgesetzt. Mehr Glück hatte er bei der Lukrierung von Geldern für die marode Hardware der Exekutive. Er konnte Bundeskanzler Franz Vranitzky und Finanzminister Ferdinand Lacina überzeugen, dass die Exekutive ohne Geldspritze bald nicht mehr ein-



„Warum es unter meiner Zeit nicht zu einer Zusammenlegung von Gendarmerie und Polizei kam? Es war noch nicht soweit. Es war auch nie geplant die Kriminalpolizei in einem gemeinsamen Wachkörper von Gendarmerie und Sicherheitspolizei einzubeziehen. Vorgesehen war lediglich eine höhere Beweglichkeit.“

satzfähig wäre. Eine Milliarde Schilling, auf drei Jahre verteilt, flossen zum normalen Budget ins Innenministerium. Sicher ein Kunststück, dass niemand vor und niemand nach Löschnak geschafft hat. Vor allem wurden baufällige Dienststellen umgebaut oder neue geschaffen, der Fuhrpark erneuert und Computer angekauft. Die Einführung von BAKS 1 (Büro Automatisations- und Kommunikationssystem) machte eine flächendeckende Ausrüstung mit Computern notwendig. Seinen Versprechungen, dass er bei seinen Antrittsbesuchen auf den Dienststellenbesuchen abgab, dass sich etwas ändern werde, glaubte dazumal am Beginn seiner Amtszeit eigentlich niemand. Zu viel hatte sein Vorgänger versprochen und zu wenig gehalten, jetzt waren aber die Investitionen augenscheinlich. Ein Minister der hält was er verspricht – eine Seltenheit.

Geschenkt wird nichts, schon gar nicht in der Politik. Löschnak forderte als Ausgleich für die verbesserte Infrastruktur durch die Sicherheitsmilliarde Änderun-

gen in der Organisation. Der Zusammenlegung mit der Polizei konnte man im Gendarmeriebereich aber wenig abgewinnen. Der Widerstand gegen eine Zusammenlegung in der Gruppe B war unüberwindbar. Eher waren die führenden Herren geneigt eine Reform im eigenen Haus, der Gendarmerie zuzulassen. Unter der Leitung von General Seiser wurde ein Reformkonzept erstellt, auf dessen Grundlage etwa 300 Klein- und Kleinstposten geschlossen wurden. Posten mit 2-3 Mann, die zur Nachtzeit unbesetzt waren, konnten in Zeiten der Mobilität nicht gehalten werden. Der Widerstand war vorhersehbar, er kam nicht nur aus den Reihen der Gendarmeriebasis, sondern auch von den betroffenen Bürgermeistern. 2-3 Jahre dauerte es, bis der Widerstand der Dorfbauern einzeln gebrochen worden war und sie einsahen, dass der „Dorfgedarm“ ein Relikt aus vergangenen Zeiten war.

War also die Ostöffnung dafür verantwortlich, dass es nicht schon 89/90 zu einer Zusammenlegung der Wachkörper kam? Löschnak verneint diese Frage, es waren noch weitere Faktoren ausschlaggebend. Die Entwicklung des Rechtssystems in Verbindung mit der veränderten Kriminalität forderte förmlich eine neue gesetzliche Grundlage für das polizeiliche Handeln. Das Fremdenrecht musste erneuert und ein Sicherheitspolizeigesetz kreiert werden. 2 ½ Jahre lang tüftelten Juristen und Abgeordnete um eine zukunftssträchtige Gesetzesmaterie auf den Tisch zu bringen. Fruchtbringend erwies sich dabei, dass Löschnak auf eine 12 jährige Praxis



Löschnak und die "Polizei- und Gendarmerielegende" Joschi Holaubek

als Abgeordneter zurückblicken konnte und mit Willibald Baar als Sonderbeauftragten für das Fremdenrecht einen kompetenten Mitarbeiter zur Hand hatte.

Unter Löschnak kam es auch zu einer, in der Geschichte des Innenministeriums, einmaligen Aktion. 1.000 Experten aus allen Bereichen des Ressorts sollten ihre Meinung in Arbeitsgruppen abgeben, wie sie sich die Zukunft der Exekutive vorstellen könnten. Nicht die Ministerialbürokratie mit ihrer gefilterten Wirklichkeit sollte gefragt werden, sondern die Leute von der „Front“. Und so saßen in den dutzenden Arbeitsgruppen Gendarmen, uniformierte Polizisten und Kriminalbeamten an einem Tisch (übrigens saß auch der Verfasser dieser Zeilen an einem) und dachten über die Zukunft der Exekutive nach – ein Vorgang, der in den hohen Rängen nie wirklich stattfand, sieht man von Eigeninteressen ab. Das Ergebnis der einzelnen Arbeitsgruppen wurde in einem Endbericht zusammengefasst und was das Er-

staunlichste war, die Meinung der Basis unterschied sich sehr wohl von der der Ministerialbürokratie. Offensichtlich sah die Basis die Trennung zwischen Polizei und Gendarmerie nicht als gottgegeben, sondern als Hemmnis. Vor allem wurde für eine Zusammenlegung der damaligen Erhebungsgruppen der Gendarmerie und dem Kriminalbeamtenkorps plädiert, ein Umstand der erst nach dem Jahr 2003 Wirklichkeit werden sollte.

Als im April 1995 die Ära Löschnak zu Ende ging, waren viele Konzepte und Pläne, soweit sie die Organisation betrafen, noch nicht verwirklicht, doch von Seite der Gesetzgebung und der Ausrüstung, vor allem durch den Einstieg in das Computerzeitalter, war der Sprung in die Neuzeit getan worden. Noch jahrelang zehrte die Truppe von der Sicherheitsmilliarde, denn bei den folgenden Ministern, kam Geld und Reformeifer fast völlig zum Stillstand.

• Richard Benda